die freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E.V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 7 Juli 1956

Der Aufstand in Polen

Es kann nichts in der Welt gegen die jeweilige Konzeption Moskaus geschehen, was nach Ansicht der kommunistischen Parteistrategen nicht von den kapitalistischen Kräften dieser Erde eingefädelt, gelenkt und verbrecherisch durchgeführt wird. Das ist nicht allein in den Veröffentlichungen sowjetischer Schriftsteller über die angebliche Lenkung des Hitler-Faschismus gegen die UdSSR durch den amerikanischen Kapitalismus wiederholt behauptet und zusammenfabuliert worden, das zeigte sich auch, als am 17. Juni 1953 der Arbeiteraufstand in der Sowjetzone ausbrach, und die gleiche Auslegung erfährt in diesen Tagen der Aufstand in Posen. Die dialektische Betrachtungsweise der Sowjets und ihrer Anlernlinge hindert einfach daran, die Möglichkeit von Hunger und Lohnunterdrückung im kommunistischen Machtbereich anzunehmen.

Die unvorsichtige Äusserung einer Nachrichtenagentur, dass hinter dem Aufstand in Posen Organisation stehe, das heisst, dass der Aufstand organisiert sei, liess die Kommunisten in ihr übliches Geschrei verfallen und westliche Organisationen hinter den Aufständischen annehmen. Sie beriefen sich dabei auf eine kürzlich erfolgte Veröffentlichung des Kongress-Verlages, die jedoch im Grunde nichts anderes besagt, als dass mehrere westliche Nachrichtendienste den auch bei den Sowjets nicht unpopulären Versuch machten, das Gebiet eines Nachbarstaates militärisch aufzuklären, wobei allerdings das Buch damit endet, dass infolge der Geschlossenheit, der Wachsamkeit und der Einmütigkeit der polnischen Arbeiterschaft und der Staatsorgane derartige Versuche von vornherein zum Misserfolg verurteilt seien.

Von der ersten Stunde des Posener Aufstandes an war es klar, dass sowohl die polnische Regierung wie auch die Sowjets ihn mit aller Gewalt niederschlagen würden. Polens politische und militärstrategische Bedeutung für Moskau hat sich auch nach der Chruschtschow-Rede vom Februar dieses Jahres nichts geändert. In weltpolitischer Hinsicht mag dieser

Aufstand sogar ein schwerer Fehler der Posener Arbeiterschaft gewesen sein; denn er könnte die seit einigen Monaten offenbar von den Sowjets angestrebte Entwicklung zum Stillstand bringen. Aber Hunger und Not lassen sich nicht von den Erkenntnissen der Globalpolitik dirigieren. - Schon die nächsten Wochen, die sicherlich für das polnische Volk viel Schweres mit sich bringen werden, dürften zeigen, ob Moskau - wenn es dies auch nicht eingesteht - aus den jüngsten Ereignissen Erfahrungen gesammelt hat und bereit ist, jene Entwicklung fortzusetzen, die u.a. dazu beiträgt, die Unzufriedenheit der Bevölkerung in den von dem Kommunismus beherrschten Ländern langsam aber sicher weiter abzubauen.

+

Vergleich mit dem 17. Juni

Bo. Washington, 29. Juni. Die antikommunistischen Unruhen in Posen haben in den Vereinigten Staaten grösste Beachtung gefunden und werden mit dem deutschen Aufstand vom 17. Juni 1953 verglichen. Der Aufruhr in Posen wird unter dem Gesichtspunkt der Krise in den Beziehungen zwischen der Moskauer Zentrale und den auswärtigen kommunistischen Parteien gesehen, über deren Tragweite in diesem Augenblick eine lebhafte Debatte im Gang ist. Die Schwierigkeiten, die das polnische Regime mit seinen Arbeitern hat, werden als andersartiger Ausdruck der in allen nichtsowjetischen kommunistischen Kreisen vorhandenen Gärung betrachtet. Insofern haben die Nachrichten aus Posen die Annahme gestärkt, es handle sich bei der Kritik auswärtiger kommunistischer Führer wie Togliatti und Thorez an Chruschtschows Rolle im Stalinismus nicht nur um gesteuerte Planmässigkeit.

Während man somit in Washington geneigt ist, an echte Schwierigkeiten Moskaus in der Führung des internationalen Kommunismus zu glauben, hat umgekehrt das Ergebnis der Reise Titos nach Moskau die amerikanischen Senatoren so stark an seiner Loyalität zweifeln lassen, dass in einer Nachtsitzung am Donnerstag nur mit knapper Not die völlige Einstellung der amerikanischen Auslandshilfe an Jugoslawien verhindert werden konnte. Der Standpunkt der Regierung konnte durch die Senatoren der Opposition gerettet werden. Für Tito plädierte besonders der demokratische Senator George, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, der glaubt, dass man mit dem Abschneiden der militärisch-wirtschaftlichen Unterstützung Tito unweigerlich ins russische Lager zurücktreibe, da er keine Ersatzteile für seine Rüstung mehr beschaffen könne. Dies ist auch der Standpunkt von Dulles. Obwohl der Senat es schliesslich nicht zum Äussersten kommen liess, hat er doch die Fortsetzung der Hilfe an Belgrad von der Bedingung abhängig gemacht, Präsident Eisenhower müsse innerhalb von neunzig Tagen dem Parlament berichten, dass Jugoslawien von sowjetischer Kontrolle unabhängig geblieben sei.

"Die Welt", 30. Juni 1956

+

Unser Zeltlager

Wir hatten es immer als einen Nachteil empfunden, für die Durchführung von Kursen und Lehrgängen auf Räumlichkeiten zurückgreifen zu müssen, auf deren Verwaltung wir keinen Einfluss hatten. Terminschwierigkeiten, Programmbeschränkungen und andere Unbequemlichkeiten waren unangenehme Begleiterscheinungen. Was lag also näher als der Gedanke, ein eigenes Zeltlager zu errichten? Mit Hilfe der Forstverwaltung erhielten wir in

Hakenfelde ein Waldstück von etwa 8000 qum zugewiesen, dessen einziger Nachteil in seiner abseitigen Lage besteht.

Und nun begann die mühevolle Arbeit der Ausgestaltung. Zunächst musste der Platz eingezäunt werden, um unerwünschte Besucher fernzuhalten. Die Beschaffung von Material und Arbeitsgeräten musste sichergestellt sein, die notwendige, zumeist körperlich schwere Arbeit von Kameraden geleistet werden, die beruflich eigentlich nicht die Voraussetzung für eine solche Tätigkeit mitbrachten. Aber alle immer wieder auftauchenden Schwierigkeiten wurden dann im Laufe des Sommers 1955 bezwungen. Bei der Einweihungsfeier im September konnten wir ein stolzes Ergebnis vorweisen: Der Platz wurde eingefriedet, ein Sportplatz von über 2000 qum Grösse - für ihn mussten über 150 Baumstubben gerodet werden - wurde 75 cm tief rigolt und planiert, ein Keller zur Kühlung wurde angelegt, Wasserleitung und Waschanlage wurden errichtet, die Toilettenfrage war geklärt worden u.v.a.m. Daneben liefen einige Lehrgänge im Lagergelände, an den übrigen Tagen war der übliche Urlaubs- und Wochenendbetrieb in vollem Gange. Es erscheint heute fast unbegreiflich, dass trotz aller Schwierigkeiten der Lagerbetrieb - von unvermeidlichen Schönheitsfehlern abgesehen - ungestört ablief. Eine echte Gemeinschaftsleistung aller unmittelbar Beteiligten half uns zur Vollendung der ersten Ausbaustufe. An dieser Stelle möchte ich noch allen Kameraden besonders danken, die sich zur Verfügung gestellt haben.

In diesem Jahr soll nun der Ausbau weitergeführt werden. Pläne für die Elektrifizierung des Zeltlagers werden z. Z. geprüft. Die günstige Gelegenheit, Hartfaserzelte zu einem sehr billigen Preis zu beschaffen, ist von Kameraden und Bezirken leider zu wenig ausgenutzt worden. Es besteht nach Beendigung der Urlaubsperiode noch die Möglichkeit, derartige Zelte herzustellen, deren Einzelpreis unter 70 DM liegt. Die Zelte haben die Grösse von 1,80 . 2,65 . 1,55 m hoch. Interessenten werden gebeten, sich möglichst bald mit der Lagerleitung in Verbindung zu setzen. Aber auch für die ist gesorgt, die nicht über ein eigenes Zelt verfügen. Es stehen uns z. Z. 5 Grosszelte zur Verfügung, die eine Unterbringung von etwa 50 Personen ermöglichen. In diesem Jahr verfügen wir über 36 Zeltbetten. Spiel- und Sportgeräte sind vorhanden. Was uns noch fehlt, sind Schlafdecken in grösserer Zahl. Wir müssen deshalb bitten, bei Inanspruchnahme des Lagers möglichst eigene Decken mitzubringen. Und etwas sehr Wichtiges: Vergesst nicht, Euch rechtzeitig über die Bezirksleitung s c h r i f t l i c h anzumelden! Es kann sonst passieren, dass wegen Vollbelegung niemand mehr aufgenommen werden kann. Unerfreuliche, aber vermeidbare Auseinandersetzungen können wir nicht gebrauchen. Es ist selbstverständlich, dass bei Kursen und Lehrgängen Familienangehörige von der Lagerbenutzung ausgeschlossen sind. Für die übrige Zeit sind sie uns willkommen.

Zweifellos ist es nicht jedermanns Geschmack, in Zelten schlafend Urlaub oder Wochenende draussen zu verleben, und das mag für viele der Grund sein, vom Zeltlager keine Kenntnis zu nehmen. Aber zum Schluss eine Bitte: Seht Euch den Platz in Hakenfelde überhaupt erst einmal an! Vielleicht findet Ihr Gefallen an dem Betrieb. Das Lager steht allen Kameraden zur Verfügung, und es wäre schade, wenn seine Kapazität nicht voll ausgenutzt würde.

Die Fahrverbindungen: mit Strassenbahn 75 bis Endhaltestelle, dann 25 Minuten Spaziergang Richtung Kraftwerk oder mit Strassenbahn 28 bis Feengrotte, übersetzen mit der Fähre, dann links halten. Der Anmarsch ist etwas umständlich, aber der Aufenthalt dürfte unsere Besucher für den Weg entschädigen.

+

Nur ein paar Zeitungsmeldungen...

Was würde ein Krieg kosten?

Richmond, 15. Mai (AP). Die Frage, wieviel Dollar ein dritter Weltkrieg für die USA kosten würde, wurde am Montag zu Beginn einer zweiwöchigen Konferenz über die nationalen Hilfsquellen der USA in Richmond erörtert. Als Sprecher der amerikanischen Wehrwirtschaftsschule erklärte Fregattenkapitän Blandin, wenn sich am dritten Weltkrieg - wie am zweiten - zwölf Millionen Soldaten beteiligen und der Krieg vier Jahre dauert, dann dürfte er 1 620 000 000 000 Dollar (über 6,5 Billionen DM) kosten. Blandin räumte jedoch ein, dass diese Zahl viel zu niedrig angesetzt sei, weil ein neuer Krieg erfahrungsgemäss zehnmal mehr koste als der vorherige. Der amerikanische Bürgerkrieg habe 3,9 Milliarden Dollar gekostet, der erste Weltkrieg 39,6 Milliarden Dollar und der zweite Weltkrieg 383 Milliarden Dollar. Dementsprechend könnte ein dritter Weltkrieg 3800 Milliarden Dollar (über 15 Billionen DM) kosten.

"Frankfurter Rundschau", 16. Mai 1956

Herzverfettung

Für die 576 West-Berliner Kinder, die mit der "Kinderluftbrücke" der amerikanischen Luftwaffe in diesem Sommer nach Nordrhein-Westfalen kommen sollen, stehen nur 160 Freiplätze zur Verfügung. Von den 54 000 Familien der Bundeshauptstadt Bonn ist bis jetzt nur die Bereitschaft zur Aufnahme von - sage und schreibe - sieben Kindern ausgesprochen worden. Zwei Kinder will, wie alljährlich, die Gattin des holländischen Botschafters betreuen; die übrigen fünf Aufnahmewilligen sind ein Rentnerehepaar, eine Flüchtlingsfamilie, eine Spätheimkehrerfamilie, ein Gastwirtsehepaar und eine alleinstehende Frau. Im vergangenen Jahr konnten noch 15 Berliner Kinder in Bonn untergebracht werden.

Mit Recht macht das Rote Kreuz die allgemeine Haltung in Westdeutschland für dieses beschämende Ergebnis verantwortlich; je besser es bei uns den Menschen gehe, umso mehr vergässen sie die Deutschen in Berlin und der Sowjetzone. Die obige Liste zeigt, dass es offensichtlich nicht gerade die Nutzniesser des "Wirtschaftswunders" sind, die Kinder aufnehmen wollen, sondern durchweg diejenigen, die selbst Schweres durchgemacht haben. Lediglich damit, dass wir uns über die bösen politischen Absichten erregen, die mit der Ferienverschickung westdeutscher Kinder nach der DDR verfolgt werden, ist es nicht getan. Von einem Wettlauf mit den ostzonalen Konkurrenten kann bei den obengenannten kümmerlichen Zahlen leider keine Rede sein.

-ch

"Frankfurter Rundschau", 25. Mai 1956

Gegen die Feinde der Demokratie

Der bayerische Landtag billigte einstimmig einen von der SPD eingebrachten Antrag: "Die Staatsregierung wird ersucht, im Land und beim Bund die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um der immer mehr zunehmenden nationalsozialistischen, national-bolschewistischen und bolschewistischen Propaganda in Wort und Schrift entgegenzutreten." Zur Begründung des Antrages wurde auf das Wiedererstehen neofaschistischer Organisationen, das Erscheinen von Büchern ehemaliger NS-Grössen und die Wühlarbeit der kommunistischen Tarnorganisationen verwiesen. (dpa)

"Der Tagesspiegel", 26. April 1956

Frühere SS-Führer in der Berliner Polizei

Verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit hat sich in der Berliner Kriminalpolizei ein merkwürdiger Vorgang abgespielt. Eigentlich nicht nur in der Polizei. Aber hier besonders augenfällig. Die Polizei soll für Sicherheit und Ordnung sorgen. Und in einer demokratischen Polizei sollten eigentlich n u r Kräfte beschäftigt werden, die über jeden Verdacht erhaben sind, einer Diktatur Vorschub geleistet zu haben. Eigentlich...

Was soll der Bürger von einer Polizei halten, die Männer als hohe Beamte aufweist, die Angehörige des gefürchteten nationalsozialistischen Sicherheitsdienstes waren! Einer Organisation also, die jegliche Opposition gegen Hitler mit blutiger Gewalt unterdrückte! Diese Männer sollen heute für demokratische Gesetzlichkeit bürgen. Da kann man nur sagen, hier stimmt etwas nicht...

Lohn: Eine goldene Uhr Da ist Hans J. Heute ist er führend in der Abteilung I des Polizeipräsidiums tätig, einer Abteilung, die politische Delikte bearbeitet. Früher war Hans J. SD-Offizier und zählte zur Leibwache der Familie Himmler. Der "Schwarze Heinrich" schenkte seinem "Gorilla" einmal wegen besonderer Verdienste eine goldene Uhr.

Heinz M. und Bruno R. haben heute leitende Positionen im Landeskriminalamt Berlin. Beide waren SS-Hauptsturmführer und NSDAP-Mitglieder. Kriminaldirektor T. war sogar SS-Sturmbannführer, die Parteimitgliedschaft nicht zu vergessen. Inspektionsleiter M. trug zu unseligen Zeiten die Tressen eines SS-Obersturmführers.

Ein besonderes "Paradepferd" der Polizei ist Paul Sp. Heute ist er leitender Kriminalbeamter. Früher besass er einen ganzen Koffer "passender" Mitgliedsbücher: Stahlhelm, NSV, NS-Altherrenbund, Reichsluftschutzbund, NSKK, NSDAP, SD, SS-Hauptsturmführer, Gestapo...

Sie werden sich fassungslos an den Kopf greifen. Aber dies ist die Wahrheit, die traurige Wahrheit. Wie es dazu gekommen ist? Haben diese Leute ihre unrühmliche Vergangenheit verschwiegen? Haben unsere Behörden geschlafen, als sie diese Männer einstellten?

Keins von beiden. Diese Leute haben im Gegenteil ihre Vergangenheit betont. Weil sie auf Grund ihrer Vergangenheit einen Anspruch auf rechtsgleiche Unterbringung im Öffentlichen Dienst haben. Der SS-Führer aus der Hitlerzeit m u s s in gleicher Position wie vordem jetzt vom demokratischen Staat beschäftigt werden!

So besagt es das gefährlichste Gesetz, das je von einem demokratischen Staat geschaffen wurde, das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes. Es ist aber nicht nur gefährlich, sondern auch ungerecht. Der Passus der "rechtsgleichen Unterbringung" ist nämlich eine Utopie; er gilt offensichtlich nur für die "grossen Tiere".

Sie büssen heute noch Es gibt eine Menge kleiner Beamter. Sie wurden damals von ihren Vorgesetzten gezwungen (Pardon, es wurde ihnen "nahegelegt"), in die Partei einzutreten. Schon 1945 mussten sie dafür büssen, und sie müssen es z. T. heute noch. Von rechtsgleicher Unterbringung keine Rede. "Von vorn anfangen", hiess die Parole. Wenn sie heute das Zimmer des Vorgesetzten betreten, sehen sie... den gleichen Mann von damals. Er hat die Zeit unbeschadet überstanden. Und das hat grosse Bitterkeit geschaffen.

Allerdings gibt es im 131er-Gesetz einen Paragraph 7. Der besagt, dass Personen von den Vergünstigungen ausgeschlossen werden, sofern sie ihre frühere Position überwiegend dem Nationalsozialismus verdanken. Eigentlich ein Wunder, dass ehemalige SS-Führer diese Hürde übersprungen haben. Und doch kein Wunder, wenn man erfährt: Ein Kriminalkommissar K. -

er hat massgeblich mitzuentscheiden, ob ein ehemaliger Polizeiangehöriger ein "guter oder böser Nazi" war - ist selbst Mitglied der NSDAP gewesen! Zum Verzweifeln, aber wahr...

Sogar Gerichte hätten... Es ist bekannt, dass sich der Polizeipräsident bis zum letzten gewehrt hat, um diese Entwicklung abzuwenden. Er war jedoch zur Einstellung der SS-Führer gezwungen. Denn jedes Gericht hätte ihn zur Einstellung verurteilt. Was aber haben die Alliierten getan, die für die Polizei die Verantwortung tragen? Keiner weiss es...

Sicher, das 131-Gesetz ist nun einmal da. Es gibt dennoch eine Möglichkeit, ehemals massgebende SS-Leute von der Polizei fernzuhalten. Der Polizeiausschuss des Abgeordnetenhauses sollte die Personalkartei sorgfältig durchkämmen und das Material der Spruchkammer Berlin überantworten. Sie hat die Möglichkeit, einem führenden Nationalsozialisten das Recht auf Tätigkeit im Öffentlichen Dienst abzuerkennen. Vergessen wir nicht, unter den Banner der SS wurden Millionen Juden vergast, existierten die Konzentrationslager, wurden Widerstandskämpfer gefoltert. Diese Männer, die heute in der Berliner Polizei Dienst tun, trugen die gleiche Uniform, die Uniform der SS. Für diese Männer darf in der Berliner Polizei kein Platz sein.

h.t.

"Telegraf", 16. Juni 1956

Berlins Polizei unter der Lupe

"Telegraf"-Bericht schlägt Wellen - Auch Alliierte sind besorgt

Berlin (Eigenbericht). Einen ersten Erfolg kann der "Telegraf" mit seiner Berichterstattung über die Zustände in der Berliner Polizei, die durch die Einstellung hoher SS-Führer entstanden sind, verzeichnen. Bei den zuständigen Stellen hat die Veröffentlichung gezündet: Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet.

Bürgermeister Amrehn, dem die Polizei ressortgemäss untersteht, hat die Personalakten der vom "Telegraf" genannten SS-Führer angefordert. Desgleichen lässt Polizeipräsident Stumm einen ausführlichen Bericht anfertigen. Dr. Stumm erklärte dem "Telegraf" gestern: "Ich habe seinerzeit alles unternommen, um die Einstellung dieser Herren abzuwenden. Mir waren jedoch die Hände gebunden."

Wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, hat der Bericht des "Telegraf" auch bei den Alliierten Sorge ausgelöst. Die Besatzungsmächte tragen in Berlin die Verantwortung für die Polizei. Eine Militärregierung hat von Dr. Stumm einen Bericht angefordert.

Der Berliner SPD-Vorsitzende, Franz Neumann, hat sich an den "Telegraf" gewandt und um die Personalien der früheren, jetzt im Polizeidienst befindlichen SS-Führer gebeten. Neumann ist Vorsitzender des Polizeiausschusses des Abgeordnetenhauses. Er will die Angelegenheit aufgreifen. Wie verlautet, hat Innensenator Lipschitz eine Überprüfung eingeleitet, ob die SS-Führer über die Abteilung Inn II K seiner Behörde eingestellt wurden.

Insbesondere in der Polizei selbst hat der Bericht des "Telegraf" volle Zustimmung gefunden. Aus Gewerkschaftskreisen wurde erklärt: "Dieser Zustand ist unhaltbar. Polizisten, die 1933 wegen ihrer demokratischen Einstellung aus der Polizei entlassen wurden, müssen heute unter den Peinigern von damals arbeiten."

"Telegraf", 22. Juni 1956

Kartei mit Überraschungen

Frühere SS-Führer bilden auch Berliner Polizisten aus

"Dieser Zustand ist unhaltbar!" Das ist der Tenor zahlreicher Leserbriefe, die den "Telegraf" nach der Veröffentlichung über die Einstellung hoher SS-Führer in die Kriminalpolizei erreichten. In der Tat, den Bürger muss es beunruhigen, wenn er erfährt, welche Leute für seine Sicherheit sorgen sollen...

Die Ausbildung eines jeden Polizisten beginnt bei der Schutzpolizei. Welchen Einflüssen ist der Polizeianwärter jedoch ausgesetzt, wenn manche seiner Vorgesetzten hohe SS-Führer waren! Denn nicht nur in der Kriminalpolizei haben die Offiziere der "germanischen Elite" Hitlers wieder einen einträglichen Posten gefunden, sondern auch in der Schutzpolizei.

Da ist der heutige Hauptinspektor S. Als SS-Angehöriger zählte er zum sogenannten Führerbegleitkommando. Wer einen solchen Auftrag erhielt, der wurde auf Herz und Nieren überprüft, ob er dafür auch zuverlässig war. S. kommandiert im Jahre 1956 (!) Polizisten in Tiergarten.

Sein Kollege B. tut es in Kreuzberg. Er war früher einmal SS-Hauptsturmführer. Und so könnte die Reihe fortgesetzt werden.

Abgeordnetenhaus, Senat und Polizeiführung sollten sich nicht nur die Personalakten derjenigen SS-Führer ansehen, die der "Telegraf" genannt hatte. Bei einer Durchsicht der gesamten Personalkartei der jetzigen Polizeioffiziere gäbe es bestimmt einige Überraschungen...

h. t.

"Telegraf", 24. Juni 1956

Schluss dieser Ausgabe

Verantwortlich für den Inhalt: Richard Beck, p.Adr. Berlin-Halensee, Halberstädter Strasse 7 I